



Geburtenrate bei rund zwei und damit auf dem natürlichen Reproduktionsniveau. Allerdings spreche aus Sicht der aktuellen Familienpolitik wenig dafür, daß sich die Geburtenrate in absehbarer Zeit erhöht.

Weiterer Lösungsansatz: Zuwanderung

Zur Stabilisierung der Bevölkerung in Deutschland hält Walter eine Bestandserhaltungsmigration von knapp 350.000 Personen pro Jahr für notwendig. Soll auch der Rückgang der Erwerbspersonen vermieden werden, wäre sogar eine Zuwanderung von rund 500.000 Personen pro Jahr erforderlich. „Dies bedeutet, daß bis 2050 der Zuwanderungsstrom nach Deutschland insgesamt fast 190 Mio. Menschen betragen müßte, um den alten Quotienten zu stabilisieren.“

Doch welche Größenordnung an Zuwanderung ist realistisch? Im Rahmen der Ost-West-Migration nennt Walter ein Potential von 1,5 Mio. bis 2 Mio. Menschen in den kommenden 15 Jahren. Daneben dürfte es zu einer massiven Zuwanderung aus den bevölkerungsreichen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens kommen. Hier ist die Politik gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Integration der Migranten planbar und möglich macht.

Fazit: Eine Revolution ist notwendig

Die demographische Entwicklung stellt uns bereits heute vor massive Herausforderungen, die – so Norbert Walter – „ohne frühzeitiges Gegensteuern leicht in die Katastrophe führen können“. Drastische Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt, den Kapitalmarkt, das Wachstumspotential und vor allem auf das Sozialsystem sind vorprogrammiert. Daher sind unpopuläre Entscheidungen notwendig. Vor allem, so Walter, müsse das Thema Demographie in die Medien. Den jungen Menschen müsse die Dramatik der zu erwartenden Entwicklung klar vor Augen geführt werden, damit der Entscheidungsdruck auf die Politik zunehme. Mehr noch: Eine Revolution sei erforderlich, um die Entwicklung zu lenken und die Bevölkerungs-Katastrophe zu vermeiden. Der alte Generationenvertrag sei schon längst an seine Grenzen gestoßen und könne eine ausreichende Altersversorgung

nicht mehr leisten, wenn in Zukunft die Anzahl der Rentner der der Erwerbstätigen entspricht. „Bis dahin die Beitragssätze zu verdoppeln oder die Rentenleistungen zu halbieren, sind keine Alternativen!“

Peter Knüpper, Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Landes Zahnärztekammer

Bayerische Zahnärztekammer: 75 Jahre solide und kontinuierliche Arbeit

Lob aus Ministermund erfuh die Kammer per Grußwort. Eberhard Sinner, seines Zeichens Gesundheitsminister in Bayern, dankte für die geleistete Arbeit für den Berufsstand, „aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger“. Die Zahnärzte und die Zahnärztekammern – so der Minister – „waren dem Gemeinwohl und sind dem Gemeinwohl verpflichtet“. Präsident Michael Schwarz und dessen Vorgänger bezeichnete Sinner als „verlässliche Partner der Politik“. Rechtsaufsicht sei in erster Linie als Vertrauensaufsicht zu verstehen, Eingriffe stets nur als ultima ratio. „Das hat sich bewährt und das soll in Zukunft auch so bleiben.“



Staatsminister Eberhard Sinner sprach sich für aktives gesundheitspolitisches Engagement der Heilberufe aus.

Sinner räumte ein, daß die aktuelle Situation in der Gesundheitspolitik alles andere als befriedigend ist. Wörtlich: „Wir haben vier verlorene Jahre hinter uns, und wenn man sieht, was jetzt in Koalitionsvereinbarungen festgelegt wird, dann haben wir möglicherweise auch vier verlorene Jahre vor uns.“ Daher sei nur zu begrüßen, daß die zahnärztlichen Berufsorganisationen und alle Heilberufe sich aktiv in die Debatte um die Zukunft des Gesundheitswesens einschalten. Die Staatsregierung werde das „Bündnis für Gesundheit Bayern“ auch weiterhin in seinen Forderungen nach Reformen unterstützen. Dazu gehöre, bei der Problemlösung auch die Sicht des Patienten zu berücksichtigen. Ausdrücklich unterstützte Sinner den Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Rolf-Jürgen Löffler, mit der Forderung, den Patienten „als Akteur und nicht als gegängelt, fremdbestimmtes Wesen“ zu verstehen.

Redaktion